

| | | |
|--|-------------------|-------------------------------------|
| Vorlage | | Vorlage-Nr: FB 61/0138/WP18 |
| Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur | | Status: öffentlich |
| Beteiligte Dienststelle/n: | | Datum: 29.04.2021 |
| | | Verfasser/in: FB 61/010 // Dez. III |
| Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2021, öffentlicher Teil | | |
| Ziele: | | |
| Beratungsfolge: | | |
| Datum | Gremium | Zuständigkeit |
| 06.05.2021 | Planungsausschuss | Entscheidung |

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2021, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift vom 04.03.2021, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Planungsausschusses

| | |
|------------------------|--|
| Sitzungstermin: | Donnerstag, 04.03.2021 |
| Sitzungsbeginn: | 17:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 18:50 Uhr |
| Ort, Raum: | Konferenzraum 1, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen |

Anwesende:

Ratsherr Michael Rau Vorsitzender

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Christoph Allemand

Ratsherr Harald Baal

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsherr Carsten Schaadt

Herr Marc Beus

Herr Jan Frieders Vertretung für: Frau Maria Dörter

Herr Alexander Gilson

Herr Johannes Hucke

Herr Ernst-Rudolf Kühn

Herr Tobias Küppers

Vertretung für: Frau Anna Wilhelmi

Herr Dieter Müller

Herr Wilhelm Heinz Jennissen

Herr Ralf Demmer

Abwesende:

Herr Martin Claes entschuldigt

Frau Maria Dörter entschuldigt

Frau Anna Wilhelmi entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff Dez. III

Frau Clemens FB 63

Frau Hergarten FB 61

Herr Herrmann FB 13

Herr Kemperdick FB 23

Frau Ohlmann FB 61

Frau Schneiders FB 20 (zu TOP I/3)

Herr Spahr FB 61

Herr Winand FB 60

als Schriftführerin:

Frau Vohn FB 61

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.2021 und 04.02.2021, öffentlicher Teil**

- 3 **Haushaltsplanberatungen 2021 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024**
Vorlage: FB 61/0045/WP18

- 4 **Theaterplatz i. R. Innenstadtkonzept 2022;**
hier: Zukünftige Verkehrsführung, Verfahrensstand und nächste Schritte
Vorlage: FB 61/0056/WP18

- 5 **Klima-Checkliste für städtebauliche Planungen und Bebauungspläne**
Vorlage: FB 61/0023/WP18

- 6 **FH-Campus Eupener Straße;**
hier: Beschluss zur Durchführung eines Werkstattverfahrens und Empfehlung zur Unterzeichnung des Letter of Intent
Vorlage: FB 61/0059/WP18

- 7 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 998 – Vaalser Straße / Neuenhofer Weg**
hier:
 - Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
 - Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
 - Empfehlung zum Satzungsbeschluss**Vorlage: FB 61/0043/WP18**

8 **Beschluss über eine Veränderungssperre für das Grundstück Grünenthaler Straße,
Gemarkung Richterich, Flur 4, Flurstück 2482 im Stadtbezirk Aachen-Richterich
Vorlage: FB 61/0058/WP18**

9 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.2021 und 04.02.2021,
nichtöffentlicher Teil:**

2 **Private Bauvorhaben:**

3 **Sachstandsbericht Campus West und Campus Nord;
hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 14.12.2020
Vorlage: FB 61/0060/WP18**

4 **Flächensuche 4. Feuerwache;
hier: Sachstandsbericht
Vorlage: FB 61/0064/WP18**

5 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Rau eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter*innen von Öffentlichkeit, Verwaltung und Presse.

Er stellt durch Nachfrage bei den Fraktionen fest, dass die vereinbarte Vertretungsreihenfolge eingehalten wurde.

Zur Tagesordnung gibt Herr Plum zu Protokoll, dass nach seiner Auffassung TOP I/6 - FH-Campus Eupener Straße - nichtöffentlich zu behandeln sei. Auch die Vorlage hätte zumindest in denen Teilen, die Informationen zu den Eigentumsverhältnissen enthielten, nicht öffentlich einsehbar sein dürfen.

Herr Rau entgegnet, dass die Verwaltung diese Frage geprüft habe und dass es keine Gründe gebe, die einer öffentlichen Beratung entgegenstünden .

Frau Burgdorff bestätigt dies und berichtet, dass eine Abstimmung mit dem Fachbereich Recht und Versicherungen und mit der Rechtsdezernentin erfolgt sei. Die Beratung könne aus Verwaltungssicht ohne Bedenken wie vorgesehen im öffentlichen Teil erfolgen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.2021 und 04.02.2021, öffentlicher Teil

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 14.01.2021, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei zwei Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

Die Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2021 liegt den Ausschussmitgliedern noch nicht vor, daher wird die Genehmigung einvernehmlich vertagt.

zu 3 Haushaltsplanberatungen 2021 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024

Vorlage: FB 61/0045/WP18

Herr Rau verweist auf die als Tischvorlage verteilte Liste mit den gemeinsamen Änderungsanträgen aller Fraktionen und stellt diese insgesamt zur Abstimmung:

Produkt 090101 - Planung weiterer Bachoffenlegungen in der Innenstadt:

Veränderung 2021: 50.000 €

Veränderung 2022: 50.000 €

Produkt 090101 - Rahmenplanung Walheim:

Veränderung 2022: 50.000 €

Produkt 090101 - Projekt Soziale Stadt Forst/ Driescher Hof, vorbereitende Untersuchung:

Veränderung 2021: 100.000 €

Produkt 090101 - städtebauliche Planung Rathausstraße/ Ackerstraße:

Veränderung 2021: 30.000 €

Produkt 080101 - TH Innenstadt; Sporthallen Franzstraße, Wettbewerb:

(PSP-Element 5-080101-000-00400-990-1)

Veränderung 2021: 150.000 €

Produkt 090101 - Planungsmittel Vaals Grenze:

Veränderung 2021: 25.000 €

Zusätzlicher Fluchtweg Krönungssaal/ Rathaus, Planungskosten:

Veränderung 2021: 50.000 €

Produkt 090101 - Rahmenplanung Ortseingänge, Planungsmittel:

Veränderung 2021: 50.000 €

Produkt 090101 - Wettbewerb Bushof: (PSP-Element 4-090101-047-5)

Übertragung der Mittel aus 2020

Produkt 090101 - 3D digitale Programme Planungsamt:

Veränderung 2021: 10.000 €

Veränderung 2022: 5.000 €

Veränderung 2024: 5.000 €

Ohne weitere Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig die dargestellten Veränderungen.

Der Ausschuss fasst anschließend den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Einzelbeschlüsse ausschließlich der Personalaufwendungen die Teilergebnispläne der Produkte

010601 – Vergabewesen und HOAI-Musterverträge

090101 – Räumliche Planung und Entwicklung

090103 – Städtebauliche Verträge

090301 – Geoinformationsdienste, -management, u.a.

090401 – Bodenordnung, Bewertung, Ortsbaurecht

100101 – Bauaufsicht

100201 – Bauverwaltung

100301 – Zuschusswesen Dez. III

100901 – Denkmalschutz und Denkmalpflege

150102 – Entwicklung städtebaulicher Standortfaktoren

entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2021 und der Finanzplanung 2022-2024 einschließlich der Produktblätter und beauftragt die Verwaltung, die Beratungsergebnisse in die jeweiligen Teilfinanzpläne zu übertragen.

Der Planungsausschuss beschließt ebenfalls die in den entsprechenden Teilfinanzplänen veranschlagten Investitionen sowie deren Finanzplanung 2022-2024 und beauftragt die Verwaltung, die Auswirkungen der Veränderungen in der Teilfinanzplanung in die Ergebnisplanung einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 4 Theaterplatz i. R. Innenstadtkonzept 2022;

hier: Zukünftige Verkehrsführung, Verfahrensstand und nächste Schritte

Vorlage: FB 61/0056/WP18

Herr Spahr erläutert die Vorlage der Verwaltung. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Für die Fraktion der Grünen betont Herr Hucke, dass man sich sehr auf den anstehenden Prozess freue. Nachdem es gelungen sei, die verkehrlichen Rahmenbedingungen zu klären, bestehe nun die Chance, den Theaterplatz als Teil einer am Bushof beginnenden Platzfolge an die Stadtgesellschaft zurückzugeben. Man sei überzeugt davon, mit einem Wettbewerb eine deutliche Aufwertung des öffentlichen Raums und eine Steigerung der Aufenthaltsqualität erreichen zu können.

«SINAME»

Ausdruck vom: 21.04.2021

Seite: 7/17

Für die CDU-Fraktion äußert auch Herr Baal Zustimmung zu dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren. Man habe sich lange mit dem Theaterplatz beschäftigt und jetzt endlich den Punkt erreicht, an dem man die ersten Schritte zur Umsetzung einleiten könne. Bezüglich der Haltestelle für die Reisebusse allerdings halte man die Verwaltungsvorlage noch für unzureichend. Dort würde der Eindruck erweckt, die Haltestelle am Theaterplatz könne durch eine an der Karmeliterstraße ersetzt werden. Faktisch existiere die Haltestelle an der Karmeliterstraße jedoch bereits heute, so dass diejenige am Theaterplatz im Grunde ersatzlos wegfallen würde. Angesichts der wichtigen Funktion dieser Haltestelle sei man der Auffassung, dass auch zukünftig im erweiterten Bereich des Theaterplatzes eine Möglichkeit für das kurze Halten von Reisebussen und das Ein-/Aussteigen von Besucher*innen vorhanden sein sollte. Man bitte daher darum, dieses Thema mit in den Wettbewerb zu nehmen und nach einer Lösung zu suchen.

Für die SPD-Fraktion weist Herr Plum darauf hin, dass die Umgestaltung und Aufwertung des Theaterplatzes ein lang gehegter Wunsch seiner Fraktion sei. Mit dem jetzt startenden Verfahren hoffe man, den ersten Schritt in einem Prozess zu tun, an dessen Ende die Wiederherstellung des Boulevardcharakters auf der gesamten Theaterstraße stehe. Den Wettbewerb begrüße man daher, man bitte die Verwaltung bei der Jury-Besetzung darauf zu achten, dass alle Fraktionen angemessen vertreten seien, das Gremium aber trotzdem arbeitsfähig bleibe.

Für die Fraktion Die Linke schließt sich Herr Beus seinen Vorrednern an. Der Platz werde heute so stark vom Verkehr dominiert, dass er praktisch keine Aufenthaltsqualität entwickeln könne. Daher sei es entscheidend gewesen, zunächst eine Lösung für die Verkehrsproblematik zu finden. Nachdem dies gelungen sei, könne man die städtebauliche Aufwertung in Angriff nehmen.

Frau Breuer berichtet aus den Beratungen des Mobilitätsausschusses, der sich einig gewesen sei, mit zwei verkehrlichen Varianten in das weitere Verfahren zu gehen.

Herr Rau sieht in der Einmütigkeit der Fraktionen eine wichtige Grundlage für einen erfolgreichen Prozess. Angesichts der ausschließlich positiven Rückmeldungen schlägt er vor, die Ausführungen der Verwaltung „zustimmend“ zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 Klima-Checkliste für städtebauliche Planungen und Bebauungspläne

Vorlage: FB 61/0023/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 FH-Campus Eupener Straße;

hier: Beschluss zur Durchführung eines Werkstattverfahrens und Empfehlung zur Unterzeichnung des Letter of Intent

Vorlage: FB 61/0059/WP18

Frau Burgdorff stellt einleitend heraus, dass man mit dem Abschluss eines Letter of Intent einen besonderen Weg eingeschlagen habe, um für diesen schwierigen Standort in Zusammenarbeit mit möglichst vielen Beteiligten eine gute Lösung zu finden. Mit dem LOI habe man eine Vereinbarung über die Leitziele der Entwicklung als Grundlage für den weiteren Prozess getroffen, im nächsten Schritt solle ein städtebaulicher Rahmenplan in einem Werkstattverfahren erarbeitet werden.

Für die SPD-Fraktion erinnert Herr Plum an die schwierige Geschichte dieses Bereichs und spricht der Verwaltung ein Kompliment dafür aus, dass sie es geschafft habe, alle Beteiligten in ein Boot zu holen. Auch wenn der BLB sich letztlich nicht zu einer Unterzeichnung des LOI habe entschließen können, sei doch die Basis für eine gute Entwicklung geschaffen, in deren Rahmen sich die Fachhochschule gut aufstellen könne.

Für die CDU-Fraktion schließt sich Herr Baal den Ausführungen von Herrn Plum an, weist jedoch darauf hin, dass der Letter of Intent keine Zusicherung über den Inhalt eines künftigen Bebauungsplanes machen könne.

Für die Fraktion der Grünen äußert auch Herr Hucke Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Der hier eingeschlagene Weg könne ein Beispiel dafür werden, wie Verwaltung, Politik und Investierende gemeinsam Projekte voran bringen könnten. Ein wichtiger Aspekt in der weiteren Bearbeitung sei aus seiner Sicht die Durchlässigkeit des Geländes zum Quartier hin, eine stärkere städtebauliche Verzahnung sei sinnvoll. Als langfristige Perspektive halte man zudem eine Fuß- und Radwegeverbindung aus der Nordecke des Planbereichs unter der Brücke hindurch für wünschenswert.

Für die Fraktion Die Linke begrüßt Herr Beus insbesondere die Tatsache, dass man für dieses wertvolle Grundstück endlich eine Gesamtplanung angehe. Es sei immer der Wunsch des Ausschusses gewesen, «SINAME»

Ausdruck vom: 21.04.2021

Seite: 9/17

hier nicht nur Einzelinteressen umzusetzen, sondern einen Mehrwert für die Umgebung zu schaffen. Die Durchlässigkeit des Gebiets sei ein wichtiges Ziel, dabei müsse allerdings auch der teilweise unter Denkmalschutz stehende Zaun berücksichtigt werden. Auch eine Verzahnung unter der Eisenbahnbrücke hindurch würde große Vorteile mit sich bringen, daher könne sich ein Versuch lohnen, dies mit der Bahn zu verhandeln. Insgesamt sehe man die Entwicklung auf einem guten Weg, daher werde man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Herr Plum greift die Anmerkung von Herrn Baal auf und gibt zu Protokoll, dass mit dem LOI keine Festlegung für ein anschließendes Bebauungsplanverfahren getroffen werden könne. Mögliche Schadenersatzansprüche seien damit von vorneherein ausgeschlossen. Die Festlegung der Inhalte erfolge im Bebauungsplanverfahren und unterliege dem vorgeschriebenen Abwägungsprozess.

Herr Rau vertritt die Auffassung, dass mit einem LOI weder eine Zusage für ein Baurecht noch eine Einschränkung für das zu schaffende Planungsrecht verbunden sei. Da die Verfahrensweise neu sei, sei es aber sicherlich sinnvoll, wenn die Verwaltung die geäußerten Bedenken nochmals einer Prüfung unterzöge.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für die städtebauliche Rahmenplanung FH-Campus Eupener Straße ein Werkstattverfahren durchzuführen und die beigefügte Aufgabenstellung als Grundlage für dieses Verfahren zu beschließen.

Außerdem beschließt der Planungsausschuss sein Einvernehmen mit den Inhalten des Letter of Intent und beauftragt die Verwaltung, darauf aufbauend die Entwicklung des FH-Campus gemeinsam mit den Vertragspartnern FH Aachen, Stadt Aachen und Südpark Aachen Immobilien GmbH & Co. KG weiterzuverfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einer Enthaltung durch die Fraktion Die Zukunft

zu 7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 998 – Vaalser Straße / Neuenhofer Weg

hier:

- **Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB**
- **Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB**
- **Empfehlung zum Satzungsbeschluss**

Vorlage: FB 61/0043/WP18

Für die Fraktion Die Zukunft stellt Herr Allemand fest, dass die Baumbilanz des Projekts erschütternd sei. 105 Bäume müssten gefällt werden, eine große Anzahl davon fiel unter die Baumschutzsatzung. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der aktuell stattfindenden Diskussionen um den Baumschutz in Aachen könne man der Vorlage der Verwaltung so nicht zustimmen.

Herr Rau stimmt Herrn Allemand insofern zu, dass der Verlust an Bäumen bitter sei. In den bisherigen Beschlüssen zu diesem Projekt sei der Ausschuss allerdings in der Gesamtabwägung zu dem Ergebnis gekommen, dass der Eingriff trotzdem insgesamt gerechtfertigt sei, da mit diesem Vorhaben wichtige Arbeitsplätze für Aachen gesichert werden könnten. Es komme nun darauf an, die durch den Vorhabenträger zu leistenden Ausgleichszahlungen möglichst nutzbringend einzusetzen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat den Bebauungsplan gemäß § 4a Abs. 3 in Anwendung des § 13 BauGB wie folgt vereinfacht zu ändern:

- Im Sondergebiet wird die überbaubare Fläche des Parkdecks auf der nördlichen Seite von bisher 3,0 m Tiefe auf jetzt insgesamt 8,7 m erweitert und 14,0 m nach Westen verschoben. Die Gebäudehöhe GH wird in diesem Bereich von 217,80 m ü. NHN auf 215,50 m ü. NHH reduziert.
- Die maximale Gebäudehöhe GH des westlichen Vordaches des Parkdecks wird um 35 cm auf 219,00 NHN erhöht.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen und den geänderten Bebauungsplan Nr. 998 - Vaalser Straße / Neuenhofer Weg - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die Zukunft

**zu 8 Beschluss über eine Veränderungssperre für das Grundstück Grünenthaler Straße,
Gemarkung Richterich, Flur 4, Flurstück 2482 im Stadtbezirk Aachen-Richterich
Vorlage: FB 61/0058/WP18**

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat, für das Flurstück 2482, Flur 4, Gemarkung Richterich, eine Veränderungssperre gemäß § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 BauGB zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

Folgende Mitteilung der Verwaltung liegt schriftlich vor:

- Bebauungsplan Nr. 1000S - Erweiterung Uniklinik (Kullenhofstraße)

Frau Strehle teilt mit, dass die Schlusspräsentation zur Ideenwerkstatt Grauenhofer Weg inzwischen stattgefunden habe mit dem Ergebnis, dass man zwei der erarbeiteten Entwürfe weiterverfolgen wolle. Die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung hierzu eine Vorlage einbringen.

Weiterhin berichtet sie zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplan Aachen*2030, dass die Bezirksregierung die Genehmigung mit Auflagen erteilt habe.